

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

POLITIK, Leitartikel

Sheriff im Schafspelz

Wer auch immer auf George W. Bush folgt Amerika wird seine Interessen wohl genauso machtbewusst durchsetzen

Josef Joffe

Wer hat gesagt, dass Amerika »immer wieder, wenn auch widerstrebend, den Weltpolizisten spielen« müsse? Dass es das Recht habe, »unilateral« gegen jene vorzugehen, »die sich darauf vorbereiten, amerikanische Ziele anzugreifen«? Dass der UN-Sicherheitsrat nicht von vornherein »ein Veto über unser Handeln« haben dürfe? Das war nicht George W. Bush, sondern Barack Obama, der gute Chancen hat, als 44. Präsident ins Weiße Haus einzuziehen nachzulesen in seinem Buch *The Audacity of Hope* (Hoffnung wagen). Es enthält auch vieles, was das Herz aller Europäer erquickt, die Bush jr. als Albtraum empfinden. Wie Hillary Clinton plädiert Obama für die Entmilitarisierung der US-Außenpolitik. Wie sie will er mehr Geduld und weniger Gewalt, mehr Gemeinschaft und weniger Großmachts-Egoismus.

Wie Clinton will Obama raus aus dem Irak, vor allem die »Geisteshaltung ändern, die uns in diesen Krieg getrieben hat«. Beide wollen Guantánamo schließen. Die »Ära der Cowboy-Diplomatie ist vorbei«, deklamiert Clinton, und Obama will ohne Vorbedingung mit Amerikas »Feinden« wie Iran reden. Clinton will dagegen zuvor ihre Unterlinge losschicken, um die »Absichten dieser Diktatoren« auszuloten.

So wie die beiden Demokraten reden, wünschen sich die Europäer ihre Amerikaner nach sieben Jahren Bush; aber sie sollten nicht zu früh

»Hosianna!« rufen. Europas Probleme mit Amerika sind nicht auf die Person des 43. Präsidenten zu reduzieren. Er geht, aber die Supermacht bleibt, und am immer noch gewaltigen Machtgefälle können und wollen weder Obama/Clinton noch John McCain viel ändern, der jetzt als republikanischer Kandidat feststeht.

Da allein Amerika eine weltweit agierende Flotte hat, schreibt Obama, »sind es unsere Schiffe, die die Seewege frei halten«. Amerika sei der »Sheriff«, der »Schurkenstaaten« bestraft sowie Russland und China Paroli bietet. Da ist der junge Idealist ganz machtbewusster Realist, genauso wie Clinton, die Terrorstaaten Gewalt androht. Obama will gar Soldaten nach Pakistan entsenden, um al-Qaida und die Taliban zu bekämpfen. Der Sofortabzug aus dem Irak entpuppt sich als Wahlkampflogan mit Fußnoten. Welche Truppen »tatsächlich im Land bleiben«, doziert Obama, werde von den »Empfehlungen der Kommandeure abhängen«. Clinton: »Truppen abzuziehen ist nicht einfach.«

Bush geht, Amerika bleibt das ist das kühle Fazit. Was sich ändern wird, lässt sich schon heute beobachten. Die »Arroganz der Macht« (die Senator Fulbright schon vor 42 Jahren angeprangert hat) ist der Desillusionierung gewichen. Bush redet nicht mehr vom Krieg gegen Iran; er betreibt geduldige, multilaterale Diplomatie gegen den Mächtegern-Atomstaat Nordkorea.

Der »Hands off!«-Politik in Nahost folgte die Mammutkonferenz in Annapolis.

Bush hat nach dem Kollaps der Sowjetunion, erst recht nach dem Terrorangriff von 2001 im Überschwang amerikanischer Machtfülle agiert; Angst und Übermut verdichteten sich zu einer Politik, die Amerikas Legitimität aufs Größte lädiert hat. Ob Clinton/Obama oder McCain der nächste Präsident wird vorweg die Trümmer des Bushismus wegräumen müssen. Doch wird keiner sein Land zu einer Art EU machen: stets gemeinschaftlich im Handeln und friedfertig in der Gesinnung. Wer die Macht hat, wird sie auch nutzen wenn auch mit mehr Um- und Vorsicht als in der ersten Amtszeit Bush.

Wer wäre besser für den Rest der Welt? Zu schlicht wäre die Maxime »Demokrat gut, Republikaner schlecht«. Es ist der Republikaner John McCain, der sagt: »Wir müssen gute Weltbürger sein; das erfordert die Stärkung des Völkerrechts und internationaler Normen.« Der alte Bush-Feind ist früh gegen Guantánamo und Folter angetreten und für den Klimaschutz.

Kein Konflikt hier mit den Demokraten. Es bleiben zwei Unterschiede. Im Irak setzt McCain auf Sieg. Die beiden Demokraten blasen zum Rückzug, lassen sich aber ein weites Hintertürchen offen. Der deutlichere Kontrast zeigt sich in der Wirtschaftspolitik. Der Republikaner ficht für Freizügigkeit

Quelle: Die Zeit

© Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

und Freihandel, für eine Politik, von der das Wohl und Wehe der Wachstumsländer abhängt. Obama und Clinton aber buhlen mit protektionistischen Parolen um die Gunst der Gewerkschaften. Clinton: »Heute kommt chinesischer Stahl hierher, und unsere Jobs gehen dorthin.« Ein Drittwelt-Diplomat über Obama: »Beim Welthandel ist es nicht klar, ob er uns wohlgesinnt ist. Wir könnten uns noch nach Bush zurücksehnen, der bei Handel und Einwanderung so tapfer geblieben ist.«

Merkwürdigerweise gleitet der Krieg

im Irak, in dem die USA seit 2007 kleine Siege verzeichnen, in den Hintergrund; Amerika ist wieder bei Bill Clintons Parole von 1992 angelangt: »Its the economy, stupid« die Wirtschaft ist alles. Das Wachstum stagniert, der Dollar fällt, die Angst vor der Rezession wächst. Just hier, nicht in Nahost, wird im November die Entscheidungsschlacht geschlagen, deren Ausgang dem Rest der Welt nicht egal sein kann, ist doch Amerika mit seinen gewaltigen Defiziten noch immer der Garant weltweiter Nachfrage.

Dürfte Europa mitwählen, würde es en masse für die Demokraten stimmen. Die Fans müssen indes hoffen, dass Clinton oder Obama nicht die Wirtschaftspolitik betreiben werden, die sie in der Hitze des Wahlkampfs vorzeichnen. Denn der Crash von 2008 zeigt, dass die Abkopplung von Amerika nicht funktioniert. Deshalb muss sich die Welt von Amerika wünschen: weder »Arroganz der Macht« noch Abschottung von der Weltwirtschaft.

Audio: www.zeit.de/audio